Der Bürgermeister verweist kurz auf den heute vorgelegten Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion. Der Antrag wurde ausgelegt und ist als **Anlage 9** noch einmal dieser Sitzungsniederschrift beigelegt.

Frau Zorlu begründet kurz den von der SPD-Fraktion vorgelegten Antrag. Insbesondere gehe es darum, die Schulsozialarbeit über 2013 hinaus sicherzustellen und die finanziellen Mittel auf Bundes- und Landesebene bereitzustellen. Der heute von der FDP-Fraktion vorgelegte Antrag gehe nicht soweit, da die SPD in ihrem Antrag alle Entscheidungsträger eingebunden habe. Nach alledem bitte sie um Unterstützung im Rat, den Resolutionsentwurf zu beschließen.

Frau Hartmann begrüßt die Gemeinsamkeit in der Sache. Im nächsten JISS stehe das Thema auch auf der Tagesordnung und man werde umfangreich über die Arbeit der Schulsozialarbeiter unterrichtet. In dieser Richtung bestehe Konsens. Dissens hingegen bestehe in der Beurteilung der Zuständigkeit. Eine Verpflichtung der Bundesebene könne sie nicht erkennen. Schulsozialarbeit sei eine Länderaufgabe. Dies sei auch verankert in verschiedenen Erlassen des Landes. Die vom Bund bereitgestellten Mittel seien als Anschub-Finanzierung gedacht gewesen und ständen in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabegesetz.

Frau Miethke erklärt, dass die CDU den FDP-Antrag unterstütze, da die Zuständigkeit beim Land liege.

Frau Zorlu bezieht sich auf das Bildungs- und Teilhabepaket und schlägt vor, dass die seitens der Verwaltung anwesende Frau Schneider kurz den Sachverhalt darlegt. Da Teilhabe Bundessache sei, habe man eben alle Entscheidungsträger in den Resolutionsentwurf einbezogen.

Herr Müller erinnert daran, dass Resolutionen möglichst einstimmig erfolgen sollten und schlägt vor, einen Entwurf aus beiden Anträgen zu formulieren.

Im weiteren Verlauf der Aussprache werden verschiedene Möglichkeiten (Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags durch die Antragsteller bzw. die Verwaltung, weitere Beratung im JISS, Abstimmungsreihenfolge beider Anträge in der heutigen Sitzung etc.) angesprochen, wie man in der Sache weiterkommt.

Frau Hartmann stellt noch einmal klar, dass die Bundesmittel für Heizung und Grundsicherung für Arbeitssuchende bereitgestellt wurden ohne jedwede Koppelung an den Begriff der Schulsozialarbeit. Der Bund sei gar nicht berechtigt, den Ländern Anweisungen hinsichtlich Schulsozialarbeit zu geben.

Frau Schneider geht auf die Unterschiede in beiden Anträgen ein. Der FDP-Antrag zielen auf „Schulsozialarbeit für alle“, die in der Tat in der Zuständigkeit des Landes liege. Der SPD-Antrag hingegen beziehe sich auf die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz mittels einer indirekten (Umwege-)Finanzierung durch den Bund. Das Land habe inzwischen einen Antrag beim Bund auf Weiterfinanzierung gestellt. Im Grunde könnte man beide Anträge zur Abstimmung stellen.

Frau Hartmann teilt diese Meinung nicht. Es gebe keinerlei Zusammenhang zwischen dem Bildungs- und Teilhabepaket (Gutscheinsystem) und der Schulsozialarbeit. Aufgrund einer Einigung im Vermittlungsausschuss gebe es lediglich eine Entlastungsleistung des Bundes.

Herr Strausfeld beantragt, beide Anträge weiter im JISS zu beraten, um dort eine Lösung herbeizuführen. Herr Gräf sieht Probleme wegen der Zeitschiene (Rat erst im September).

Herr Zielinski sieht bei beiden Anträgen unterschiedlichen Hintergrund und beantragt daher, heute über beide Anträge abzustimmen.

Hiergegen ergibt sich letztendlich kein Widerspruch.